

# Von der Konfrontation zur Kooperation

## 6. Maritimes Sicherheitskolloquium der KTMS und des DMI

Zum Auftakt der Hanse Sail Rostock trafen sich zum sechsten Mal die »Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Fachleute« auf Einladung der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung und des Deutschen Marine Instituts in der Hansestadt, um mit sachkundigen Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen die Situation im »mare balticum« zu diskutieren.

Dem Thema waren Vorträge durch Flottenadmiral Klaus von Dambrowski, Stabsabteilungsleiter Fü M III im Bundesministerium der Verteidigung, Kapitän zur See Adam Szulczewski, Chef des Institutes Führung der Seestreitkräfte Polens, Kapitän zur See Henrik Andersen, Chef des Stabes Admiral Danish Fleet und Renate Holznapel, Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zugeordnet. Während Szulczewski den Schwerpunkt auf den historischen Wandel seit Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts legte, verdeutlichte Andersen die Kooperation am Beispiel eines Frachters auf seiner Fahrt im Ostseeraum. Dabei wurde deutlich, wie pragmatisch Dänemark vorgeht und kaum Unterschiede zwischen äußerer und innerer Sicherheit macht. Daher ist es nicht verwunderlich, dass manche Dis-

kussion in Deutschland über dieses Thema dort Kopfschütteln hervorruft. Frau Holznapel wies auf die besonderen Kooperationsbedingungen im Umweltschutz hin und zeigte Erfolge aber auch noch notwendige Kooperationsvertiefungen auf. Dabei lag ihr Schwerpunkt auf den Anforderungen, die sich aus dem neuen Grünbuch der Europäischen Union ergeben werden.

In der anschließenden Diskussion, die wieder von Brigadegeneral Dr. Klaus Wittmann, Director Academic Planning and Policy NATO-Defense-College in Rom, dezent moderiert wurde, konzentrierte man sich leider zu sehr auf die Fragen eines zu schaffenden Seesicherheitsgesetzes. So wichtig dieses Thema auch ist, die Fragen zukünftiger Kooperation im Ostseebereich oder die Ausformung deutscher Sicherheitspolitik blieben leider zu sehr im Hintergrund.

Nachfolgend die Aussagen des Vertreters Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab Marine, Flottenadmiral Klaus von Dambrowski.

Alle Reden sind ungekürzt im Deutschen Maritimen Kompetenz Netz DMKN ([www.dmkn.de](http://www.dmkn.de)) eingestellt

### Klaus von Dambrowski

Nach dem Ende des Kalten Krieges und im Zuge zunehmender weltweiter wirtschaftlicher Vernetzung ist auch die historische Einheit des Ostseeraums nunmehr wiederhergestellt. Die Region unterzieht sich seit 1991 einem bedeutenden strukturellen Wandel und muss sich daher neuen Herausforderungen stellen.

Im Zeitalter der Globalisierung kommt den Zusammenschlüssen regionaler Wirtschaftsräume eine stetig wachsende Bedeutung zu – im ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Sinne. Bereits rund sechs Prozent des Welthandels werden im Ostseeraum erwirtschaftet. Der Ostseebinnenhandel beträgt jährlich bereits über 100 Mrd. Euro.

Für Deutschland kommt dieser positiven Entwicklung der Ostseeregion eine besondere Bedeutung zu. Die deutschen Exporte in diese Region sind so groß wie die Warenlieferungen in die USA und Japan zusammen. Für fast alle Ostseestaaten steht Deutschland an der Spitze der wichtigsten Handelspartner. Insgesamt macht der Anteil des Handels mit den Anrainerstaaten im Ostseeraum bereits über zehn Prozent des gesamten deutschen Im- und Exports aus.

Und auch der Stabilisierung der Ostsee-Sicherheitsarchitektur kommt nach wie vor eine zentrale Bedeutung für die Zukunft der Ostseeregion zu. Durch die militärische Ausdehnung der NATO nach Osten haben sich auch die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren grundlegend gewandelt und zu mehr Stabilität in der Region beigetragen.

Allerdings haben die Veränderungen der Weltordnung neue Gefahren hervorgebracht. Neue regionale Konflikte sind ausgebrochen und das westlichliberale demokratische Gesellschaftsmodell wird vielerorts in der Welt bekämpft.

Die grausamen Auseinandersetzungen auf dem Balkan und die terroristischen Anschläge in New York, Madrid, London und andersorts haben das drastisch ins öffentliche Bewusstsein gebracht.

Neben diesen globalen Risiken, die in den Ostseeraum hineinwirken können, bleibt auch Russland in der Wahrnehmung durch die Anrainer als zwiespältiger Partner für die Region bestehen.

So haben Europäische Union, aber auch Deutschland und Russland zwar eine Strategische Partnerschaft beschlossen. Aber es gibt ernst zu nehmende Fachleute, die Russland

auf dem Weg zurück zu einem »bürokratisch-autoritären System im Innern« mit unbefriedigten »Großmachtansprüchen« sehen.

Erlauben Sie mir deshalb einen sicherheitspolitischen Rückblick in das Zeitalter der Konfrontation, um mich dann den Herausforderungen der neuen Bedrohungen zu widmen, die auch vor dem Ostseeraum nicht Halt machen werden. Abschließen möchte ich mit einigen Gedanken zu den Möglichkeiten der maritimen Kooperation, die sich für die Ostseeanrainer daraus ergeben könnten.

### Die zwei Säulen der Sicherheitsarchitektur KSZE und VSBM

Mit der Veröffentlichung des Harmel Berichts 1967 kam die Strategie der abgestuften Reaktion (Flexible Response) in der NATO zur Anwendung und löste die Strategie der Massen Vergeltung ab. Hinsichtlich des Ostseeraumes verfolgte die NATO damit vorrangig das operative Ziel, dem Warschauer Pakt die Nutzung der Ostseeausgänge zu verwehren.

Somit rückte die Verteidigungslinie der NATO zu Land aber auch zu Wasser immer näher an den Eisernen Vorhang heran, was insbesondere im deutschen Interesse lag.

Allerdings mussten Maßnahmen getroffen werden, um den zu dieser Zeit dreifach überlegenen Seestreitkräften des Warschauer Pakts Paroli bieten zu können.

Das hatte auch für die Deutsche Marine rüstungswirtschaftliche Konsequenzen. Von 1969 bis 1979 wurden über fünf Milliarden Euro für die Ausrüstung und Modernisierung der Marine ausgegeben. 18 U-Boote der Klasse 206, 30 Schnellboote der Klassen 148 und 143 wurden neu beschafft und die Marinefliegergeschwader erhielten weitreichende Flugkörper gegen Schiffsziele.

In den Folgejahren baute die NATO ein neues Selbstverständnis auf: Die Triade von konventionellen, taktisch-nuklearen und strategisch-nuklearen Potenzialen und das Motto Sicherheit = Verteidigung und Entspannung, führte zu neuen Ansätzen zwischen NATO und Warschauer Pakt.

Zur gleichen Zeit haben sich die Anrainerstaaten in der Ostsee, insbesondere die neutralen Staaten Schweden und Finnland, nicht mit einem politischen Schattendasein begnügt und politische Initiativen ergriffen, die auf eine verbesserte Zusammenarbeit und Verständigung zwischen West und Ost abzielten. Nicht von ungefähr sind die beiden Säulen der europäischen Sicherheitsarchitektur, die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), heute Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa (VSBM) untrennbar mit den Namen der Hauptstädte beider Länder verbunden.

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes hat sich kaum eine Region so grundlegend gewandelt wie der Ostseeraum. Die Region entwickelt sich politisch wie wirtschaftlich mit

großen Schritten unter einem engmaschigen, wenn auch heterogenem Netz der Kooperation.

Neben OSZE, Europarat und Ostseerat sind insbesondere EU und NATO weiterhin die maßgeblichen Organisationen, die den größten sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Einfluss auf den Ostseeraum ausüben und entscheidend das Kräfteverhältnis im strategischen Dreieck USA–Russland–EU mitbestimmen.

Aus der Sicht Polens und der ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen konnte nur eine zielstrebige Annäherung

bis 1999 u.a. mit der Aufnahme Polens und schließlich der maßgebliche Beitrag zum Strategischen Konzept der NATO von 1999. Diese strategisch ausgerichtete Bündnispolitik Deutschlands trug auch zu den sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen positiven Entwicklungen in der Ostseeregion bei.

Mit der Umwandlung des Nordatlantischen Kooperationsrates, dem nur NATO Mitglieder, Warschauer-Pakt-Staaten und Nachfolgerpubliken der ehemaligen Sowjetunion angehörten, in den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, kurz: EAPR, war ab 1997 dann auch das politische Gremium für alle Teilneh-

Prinzip, sich keiner militärischen Allianz anzuschließen, gut gefahren sind, gab es keinen Grund, sich um eine NATO-Mitgliedschaft zu bemühen, zumal bis heute in beiden Ländern keine große gesellschaftliche Unterstützung diesbezüglich zu erwarten ist.

Mit dem Beitritt zum NATO-Programm »Partnerschaft für den Frieden« erhielten sie die Möglichkeiten, die Interoperabilität mit NATO-Streitkräften zu verbessern und mit dem EAPR boten sich ihnen sogar vertragsfreie politische Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der NATO.

Als 1998 die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus der Taufe gehoben wurde, bot sich Schweden und Finnland der ideale Mittelweg, zwischen dem Beitritt zu einem militärischen Bündnis und einer als überholt empfundenen Neutralitätspolitik. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für Finnland und Schweden bevorzugtes Forum, um sicherheitspolitische Interessen zu verfolgen. Allerdings engagieren sich beide Länder auch substantziell in den Operationen der NATO im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden.

Dänemark ist wie Deutschland traditionell transatlantisch ausgerichtet. Im Gegensatz zur deutschen Überzeugung, dass transatlantische Bindung und europäische Integration zwei Seiten derselben Medaille sind, war der dänische Bürger bisher traditionell euroskeptisch eingestellt.



*Auf dem Podium v.l.n.r.: FltAdm K.v.Dambrowski, MdL R. Holznapel, Kpt zS H. Andersen, BrigGen Dr. K. Wittmann, Kpt zS A. Szulczewski, MdB P. Heß und MdB J. Herrmann*

an die Vereinigten Staaten Sicherheit gegen die Rückkehr des Sowjetregimes und den Rückfall in die Unfreiheit bieten. Mitgliedschaft in der NATO war somit das erklärte Ziel.

Allerdings verfolgten jedoch die USA nach 1991 keine eigenständige Regionalpolitik im Ostseeraum. Sie förderten hingegen Kooperation und Integration mit dem Ziel, den russischen Einfluss im östlichen Europa einzudämmen.

So ist es nicht verwunderlich, dass die NATO auf die Begehren mittel- und osteuropäischer Staaten nach Aufnahme nur zögerlich reagierte. Vor allem auf amerikanisches Betreiben bot die NATO 1994 zunächst eine »Partnerschaft für den Frieden« an. Die USA betrachteten weiterhin die EU Beitrittsperspektive als Alternative zur NATO Mitgliedschaft der baltischen Staaten und stellten den regionalen Kooperationsansatz in den Mittelpunkt ihres Interesses.

Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen den Baltischen Staaten findet bis heute im Rahmen BALTBAT, BALTRON, BALNET und BALTDEFCOL jeweils mit Blick auf NATO Standards statt.

## Partnerschaft für den Frieden

Deutschland, welches sich zunehmend aus den gedanklichen Zwängen des Kalten Krieges löste, begann aktiv und erfolgreich Einfluss auf die strategischen Konzepte der NATO, der WEU und ab 1999 auch der EU zu nehmen.

Dazu gehört auch, die vom deutschen Verteidigungsminister gegen den Widerstand der USA durchgesetzte NATO-Erweiterung 1997

mer am Pogramm »Partnerschaft für den Frieden« verfügbar.

Die USA änderten ihre Politik gegenüber den Baltischen Staaten mit der Unterzeichnung der »Baltic Charter« von 1998 und erklärten öffentlich ihre Unterstützung für einen NATO Beitritt dieser, ohne jedoch eigene strategische Interessen in der Ostseeregion zu definieren.

Im Zuge der weiteren Annäherung Russlands zur NATO und die durch die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA ausgelöste amerikanische Strategie des weltweiten Kampfes gegen den Terror stellten die außen- und sicherheitspolitische Agenda hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft der Baltischen Staaten vor eine grundlegende Neudefinition.

Mit der demonstrativen Unterstützung durch Russland im Kampf gegen den Terror und seiner Aufnahme im Mai 2002 als den anderen Mitgliedsstaaten gleichwertiger Partner im NATO–Russland-Rat war der Weg frei für die Aufnahme der Baltischen Staaten in die NATO im Jahre 2004.

Für Polen und die Baltischen Staaten sind Beiträge zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch weitgehend Pflichtleistungen. Einerseits sind Streitkräfte und Verteidigungshaushalte durch Beiträge zu militärischen Operationen im Rahmen der »Coalition of the Willing« für Irak und NATO-Operationen erheblich belastet, andererseits will man Washington nicht enttäuschen, dem man eine sehr skeptische Haltung zur ESVP unterstellt.

Für die traditionell neutralen Staaten Finnland und Schweden, die mit dem bisherigen

## Russland bleibt ein wichtiger Faktor

Russland bleibt ein wichtiger Faktor im Ostseeraum. Die Entwicklung in Moskau verläuft nicht immer geradlinig und man kann im Hinblick auf die langfristigen sicherheitspolitischen Implikationen unterschiedlicher Meinung sein.

Fakt ist jedoch, dass nach der erfolgreichen Annäherung mit der NATO die Beziehungen zu den USA mit der russischen Ablehnung des Irak Krieges abgekühlt sind. Tatsache ist auch, dass Russland immer mehr in Konflikthaltung zu der EU steht, da es die EU im Rahmen ihrer Osterweiterung plötzlich als geopolitischen Rivalen wahrnimmt.

Erschwerend kommt hinzu, dass Russland zunehmend seine Rohstoffmacht und die Energieabhängigkeit seiner Nachbarstaaten in Europa und Asien als außen- und sicherheitspolitisches Instrument einsetzt. Darüber hinaus sind klare Tendenzen einer euroasiatischen Ausrichtung Russlands erkennbar, die dazu dienen könnte, den Aufstieg zur Energie-Supermacht zu sichern. Die seit fast einem Jahrzehnt bestehende Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) könnte hierfür als zukünftiges Vehikel genutzt werden.

Für die EU wird somit wahrscheinlich ein stärkerer, politisch und wirtschaftlich verkoppelter Schulterschluss mit Russland notwendig werden, um bei den gegenwärtig zu erwartenden geopolitischen Umwälzungen im

Interesse Europas und damit auch des Ostseeraumes weiterhin Einfluss ausüben zu können.

In einem ist man sich aber weitestgehend einig: Die Rückkehr zu einer auf konventioneller militärischer Macht beruhenden Politik der Einschüchterung, oder gar eine militärische Bedrohung ist auf absehbare Zeit auszuschließen. Es gibt inzwischen zahlreiche gemeinsame militärische Aktivitäten Russlands mit den NATO-Partnern. Im Herbst wird sich Russland an der NATO Artikel 5 Operation »Active Endeavour« zur Seeraumüberwachung im Mittelmeer beteiligen.



*Flottenadmiral Klaus von Dambrowski bei seinem Vortrag. (Fotos: Pagel)*

Im Ostseeraum als große Wirtschaftsregion herrschen gute politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Rund 100 Millionen Menschen leben in diesem Gebiet, die Handel treiben und die reisen wollen. Die Ostsee selbst bietet hierzu oft kurze Handels- und Reiserouten und laut Baltic Chambers Of Commerce Association 76 geeignete Seehäfen an.

Mit etwa 400 Mio. t Jahrestransport werden fast ein Viertel des Im- und Exportes der Ostseeanrainerstaaten über die Ostsee bewältigt – fast sieben Prozent des mengenmäßigen Weltseeverkehrs.

Es sind daher vor allem die neuen Bedrohungen, denen sich die Staaten des Ostseeraums stellen müssen. Sie sind verschiedenartiger, weniger sichtbar und weniger vorhersehbar. Die Europäische Sicherheitsstrategie nennt hier: Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionale Konflikte, Scheitern von Staaten und Organisierte Kriminalität.

Dabei rückt die maritime Sicherheit international, insbesondere bei den USA, der NATO und EU mit in den Kernbereich der Aufmerksamkeit und der gemeinsamen Anstrengungen.

Dieses betrifft auch unmittelbar den Ostseeraum, gehören doch dazu zum einen sichere Seewege, die für unsere hochentwickelten Volkswirtschaften lebensnotwendig

sind, um Rohstoffzufuhr, Energieversorgung und ungehinderten Warenverkehr sicherzustellen.

Zum anderen rücken Risiken und Missbrauch der See, wie etwa unerlaubte Proliferation, Piraterie und Terrorismus immer mehr ins Bewusstsein

Da auch bei diesen neuen Bedrohungen die erste Verteidigungslinie oftmals außerhalb des Ostseeraumes liegen wird, können sie auch unmittelbar in die Länder des Ostseeraums hineinwirken.

Somit ist ein Umfeld entstanden, in dem interne und externe Aspekte der Sicherheit nicht mehr klar voneinander zu trennen sind.

Es müssen deshalb für den Ostseeraum Voraussetzungen geschaffen werden, um die Fähigkeiten unserer Marinen im Rahmen der nationalen Sicherheitsvorsorge dort wirksam einzusetzen, wo anderen Ressorts die geeigneten Mittel fehlen.

Dies gilt sowohl für den Bereich des Küstenmeers sowie für Einsätze auf hoher See. Deshalb fordert der deutsche Verteidigungsminister Dr. Jung für seine Nation ein Seesicherheitsgesetz, das diesen Herausforderungen in Zukunft Rechnung tragen soll.

### **Notwendig: Gesetzliche Grundlagen für eine wirkungsvolle Sicherheitsvorsorge auf See**

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf den möglichen Beitrag der Deutschen Marine zur Bewältigung eben dieser neuen Herausforderungen eingehen.

Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung stehen im Aufgabenspektrum der Bundeswehr an vorderster Stelle. Die Deutsche Marine wird sich künftig noch stärker auf streitgemeinsame Operationen ausrichten und ihre Fähigkeiten ausbauen, Kräfte an Land von See aus zu unterstützen. Dabei verfolgen wir zielstrebig die Entwicklung des Konzeptes zur Nutzung der See als Basis streitkräftegemeinsamer Operationen.

Diese Option bietet sich besonders dann an, wenn die Zahl eigener Truppen im Einsatzland aus politischen, operativen, medizinischen oder kulturellen Erwägungen möglichst klein gehalten werden soll.

Viele notwendige Unterstützungselemente der Landtruppen, also Führungsmittel, Logistik und Sanitätsdienst können von Bord aus mit erheblich geringerem Personalaufwand wahrgenommen werden. Damit wird das Gesamtkontingent verringert, was insbesondere kleinen Kontingenten von Kampftruppen wie der EU Battle Groups zu Gute käme, die räumlich und zeitlich begrenzte Aufträge zu bewältigen haben.

Die Deutsche Marine beteiligt sich an einer Anzahl streitkräftegemeinsamer Projekte, um die Fähigkeit zur Unterstützung von See weiter auszubauen.

Gleichzeitig hat die Marine eine besondere Verantwortung beim Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger, die sich aus der maritimen Abhängigkeit Deutsch-

lands als außenhandels- und rohstoffabhängiger Nation ergibt.

Dabei konzentriert sich die deutsche Marine nicht nur gegen die Bewältigung asymmetrischer Bedrohungen, beispielsweise Terrorismus, Proliferation, Drogenhandel, illegale Migration, Schmuggel, Piraterie, bewaffneter Raub oder vielseitige Arten von vorsätzlicher/grob fahrlässiger Umweltverschmutzung sondern behält auch herkömmliche militärische Regionalkonflikte im Blickfeld, die die friedliche Nutzung von Seewegen beeinträchtigen können, wie etwa der sogenannte Tankerkrieg während des Iran-Irak-Kriegs Mitte der 80er Jahre oder die Verminung im Roten Meer 1984.

In unseren heimischen Gewässern beteiligt sich die Marine an der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge mit einem Beitrag zum Such- und Rettungsdienst über See.

Wir überwachen die deutschen Hoheitsgewässer in Zusammenarbeit mit anderen Behörden als Beitrag zur Wahrung unserer Souveränität. Zum Schutz der Küste vor einer Minenbedrohung stellen wir die notwendige Minenabwehrfähigkeit bereit und sichern damit die ungehinderte Zufahrt nach Hamburg und den anderen deutschen Seehäfen.

Wie bereits schon erwähnt, muss jedoch in dem Maße, wie sich die Herausforderungen der äußeren und der inneren Sicherheit miteinander vermengen, die Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Sicherheitskräften angepasst werden. Dafür brauchen wir in Deutschland eine gesetzliche Grundlage, um weiter gehende Aufgaben der Sicherheitsvorsorge auf See, für die anderen Ressorts die Mittel fehlen, wahrnehmen zu können.

Die Marine erfüllt ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den anderen Teilen der Bundeswehr und mit unseren Verbündeten.

Über 75 Prozent der jährlichen Aktivitäten der Deutschen Marine finden im bi- oder multinationalen Rahmen statt.

Sie ist traditionell tief in die NATO integriert und hat ihr fast alle ihre Mittel assigniert. Mit dem Aufbau eines Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (COE CSW) in Kiel wird die Expertise der Deutschen Marine in der Küstenkriegführung gebündelt. Das COE soll diese Kompetenzen im Sinne des Einsatzes vor fremden Küsten fortentwickeln und der NATO zur Verfügung stellen. In der neuen Übungsreihe »Northern Coasts« sollen neue Verfahren und Doktrinen erprobt und eingeübt werden.

Der EU stellt sie gemäß dem European Headline Goal Kräfte in Verbandsstärke und das Marinehauptquartier Glücksburg als Maritime Component Command zur Verfügung.

Die Deutsche Marine beteiligt sich als einzige der NATO permanent an allen vier Ständigen Marineverbänden der NATO mit zwei Freigatten, zwei Minenabwehreinheiten und zeitweise mit anderen Kräften. Diese ständigen Verbände sind der Kern des Marineanteils der NATO Response Force.

Schwerpunkt unserer Aktivitäten in der EU ist die Aufstellung eines Marineverbandes unter deutscher Führung zur Unterstützung der EU Battle Groups 1/2007, den wir gemeinsam mit Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Finnland derzeit organisieren.

Die Fähigkeiten und Aktivitäten der Marinen in der Ostseeregion bieten hinreichend Raum zur Kooperation, die Bedrohung der maritimen Sicherheit erfordert gegebenenfalls eine erhöhte Koordination.

Während des Kalten Krieges war schon innerhalb der Allianz die Zusammenarbeit mit der dänischen und norwegischen Marine vorbildlich. Die engen Verbindungen sind bis heute bestehen geblieben.

Umso erfreulicher ist es, dass die Kontakte mit der schwedischen und finnischen Marine im Laufe des letzten Jahrzehnts intensiviert werden konnten. Die Teilnahme beider Nationen an dem NATO Programm »Partnerschaft für den Frieden« ermöglichen die Durchführung gemeinsamer maritimer Übungen innerhalb und außerhalb der Allianz, in der auf Grundlage der NATO Standards die Interoperabilität zunehmend erhöht werden konnte. Höhepunkt war dieses Jahr die Teilnahme der finnischen Marine am NATO Manöver »Brilliant Mariner«, wo sie zusammen mit der Deutschen Marine die Rolle der gegnerischen Kräfte eingenommen haben.

Derzeit werden die Kontakte zwischen der Deutschen Marine und den Marinen der nordischen Länder auf operativer (Flottenkommando) Ebene intensiviert, um weitere Felder der Zusammenarbeit zu definieren und zu konkretisieren.

Aber auch mit dem Beitritt Polens und der Baltischen Staaten in die NATO hat die Deutsche Marine sich aktiv mit Ausbildungsunterstützung in der Integration dieser Marinen in die NATO beteiligt.

### **Beteiligungspotenzial der Marinen der Ostseeanrainerstaaten**

Im Rahmen der regionalen Kooperation ist das Projekt »Baltic Naval Squadron« (BALTRON) mit Schwerpunkt zur Minenkriegführung als voller Erfolg zu werten. Es ermöglichte die volle Integration der baltischen Minenabwehreinheiten in die NATO. Auch wenn das Projekt des baltischen Geschwaders weitgehend erfolgreich abgeschlossen ist, so erscheint es aus deutscher Sicht sinnvoll, dieses auf Arbeitsebene einmalige Instrument weiterzuführen und ggf. eine Verschiebung des Schwerpunktes zu prüfen.

Insbesondere Schweden und Finnland, aber auch Polen verfügen über Nischenfähigkeiten in der Küstenkriegführung und amphibischen Operationen unter erschwerten geografischen (Archipel) und Wetterbedingungen (Schnee und Eis).

Mit dem Aufbau des Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (CGE CSW) in Kiel versprechen wir uns deshalb durch die Teilnahme dieser Länder

Synergieeffekte bei der Weiterentwicklung der Küstenkriegführung.

Die Übungsreihe »Northern Coasts« kann dann neben der Erprobung neuer Verfahren und Doktrinen auch als regionale Übung zur Erhöhung der Interoperabilität und Kompetenz der Ostsee Marinen genutzt werden.

Zur Koordination solcher Übungen haben die Marinen der Ostseeanrainer sogenannte regelmäßig stattfindende BASEPOC Treffen eingerichtet, in der das Flottenkommando die Funktion des ständigen Sekretariats übernommen hat. Dabei wird grundsätzlich die Option der Einbindung der russischen Marine in regionale Manöver in der Ostsee berücksichtigt.

Darüber hinaus prüft die Deutsche Marine derzeit die Einrichtung eines Systems zum Austausch von Informationen über Übungsabsichten und Ausbildungsbedarf interessierter Partner. Zielsetzung dieses »German Fleet Activities Exchange« (GEFAX) ist es, den Informationsaustausch über die Aktivitäten von Flotteneinheiten und -verbänden mit externen Partnern und untereinander zu vereinfachen, um Seetage gemeinsam effizienter zu nutzen. Die Nutzung dieses Systems bietet sich insbesondere auch für die Ostsee an.



*Diskussion aus dem Plenum*

Die Gestellung des Marinehauptquartiers in Glücksburg als EU Maritime Component Command eröffnet den EU Mitgliedern unter den Ostseeanrainern die Möglichkeit, den MCC Stab zu besetzen und dadurch multinational aufwachsen zu lassen. Grundsätzlich muss auch für regionale maritime Übungen über solch eine Option nachgedacht werden. Darüber hinaus wäre es aus Effizienzgründen überlegenswert, im Flottenkommando eine regionale Zelle zur Überwachung der U-Boot Sicherheit (SUBOPAUTH) im Ostseeraum einzurichten.

Im Rahmen der maritimen Unterstützung der EU Battle Groups (EU BG) bieten sich auch enorme Möglichkeiten der Kooperation. Deutschland hat sich als Framework Nation entschieden, für das erste Halbjahr 2007 zur Unterstützung der EU BG einen multinationalen maritimen Verband aufzustellen. Finnland, als teilnehmende Nation in einer der EU BG wird sich mit Personal am Einsatzstab beteiligen.

Bei zukünftigen Streitkräftegemeinsamen und multinationalen Kriseneinsätzen, in der die See als Operationsbasis genutzt werden kann, sehen wir enormes Beteiligungspotenzial der Marinen der Ostseeanrainerstaaten mit ihren Nischenfähigkeiten, über die die Deutsche Marine nicht verfügt, und in zahlreichen Einsatzszenarien zur Geltung gelangen können.

Bleibt noch das Thema der Maritimen Sicherheit in der Ostseeregion, das es hier zu erwähnen gilt. Die Schließung elementarer Fähigkeitslücken und wirtschaftliche Gesichtspunkte lassen eine Kooperation und Koordination in der Ostsee unter allen Anrainern notwendig erscheinen. Die nordischen Länder sind hinsichtlich der Erstellung eines gemeinsamen maritimen Lagebildes und der Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Ressorts (letzteres trifft insbesondere für Dänemark zu) ein gutes Stück vorangekommen. Hier könnte die Deutsche Marine mit dem Marinehauptquartier und ihren See- und Seeluftstreitkräften einen geeigneten Beitrag leisten. Dieser Tatbestand zeigt einmal mehr, wie dringlich die Verabschiedung eines Seesicherheitsgesetzes ist. Es ist zu vermuten, dass es auch im Interesse der anderen Ostseeanrainer liegt.

Lassen Sie mich zusammenfassen.

Die politische Unabhängigkeit und der Fall des »Eisernen Vorhangs« ermöglichen den mittel- und osteuropäischen Staaten, sich wieder nach Westen und den Mitgliedern der EU, sich wieder nach Osten zu orientieren.

Die NATO und EU mit ihren Partnerschaften zu Russland bilden den Pol der europäischen Machtstruktur und damit das Rückgrat einer Sicherheitsgemeinschaft im Ostseeraum, die nachhaltig nur funktionieren kann, wenn Russland als vollwertiger europäischer Partner eingebunden wird.

Das »mare balticum« sieht sich neuen Bedrohungen ausgesetzt, die insbesondere die maritime Sicherheit betreffen.

Diesen müssen die Ostseeanrainer gemeinsam und rechtzeitig begegnen, um katastrophale Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region, die auf funktionierende Seeverbindungswege angewiesen ist, zu vermeiden.

Zusammen verfügen wir über die Mittel, die Sicherheit auf See zu gewährleisten. Die Ostseeanrainer arbeiten in NATO und EU aktiv an der Weiterentwicklung maritimer Fähigkeiten im Sinne eines ganzheitlichen, gemeinsamen Ansatzes mit.

Dadurch bieten sich viele Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Marinen der Ostseeanrainer, die vielfach schon wahrgenommen aber durchaus ausbaufähig sind, um die Synergieeffekte deutlich zu erhöhen.

Als eine der größten Marinen im Ostseeraum sieht sich die Deutsche Marine dabei in der Pflicht, diese Kooperation zu ermöglichen.

